15. Jahrg. / Nr. 183 / Preis 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Berlin, Donnerstag, 8. September 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Bergplatz 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat", Allgemeine Inseraten-Expedition GmbH., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telephon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M. einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2,60 M. nebst Bestellgeld. Streifband im Inland 4,20 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 3gesp. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorganis. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Proletariat, greif an!

SPD. und ADGB. bereiten neuen 20. Juli vor — Durchkreuzt den Verrat!

Arbeiter, wißt ihr's noch? Es ist noch kein Jahr her, da hieß die SPD.-Parole: „Staat, pack zu!"

Und wie der Staat zugepackt hat.

Jetzt stehen sie da, die sozialdemokratischen Aerzte des Kapitalismus. Die demokratischen Schleier sind weggerissen, mit denen sie die Blöße der kapitalistischen Diktatur zu verhüllen versuchten. Was schon Marx und Engels die Arbeiter gelehrt und gegen alle bürgerlichen und reformistischen Irrlehren verteidigt haben, heute liegt es klar vor aller Augen: der kapitalistische Staat ist ein Werkzeug der Trustherren, Bankkönige und Junker zur Unterdrückung des Proletariats. Ein schallendes Hohngelächter wäre die Antwort, wenn die SPD. ihre „Staat-pack-zu!"-Parole heute wieder ausgeben würde.

Aber was da in der gestrigen „Vorwärts"-Ausgabe zu lesen ist, das hat eine verzweifelte Aehnlichkeit mit diesem geplatzten Schwindel der „Eisernen-Front"-Strategen. Da schreit es über die ganze erste Seite hinweg: „Reichstag, greif an!"

Derselbe Reichstag der sich in seiner Mehrheit aus offenen Verteidigern des kapitalistischen Wirtschaftssystems, aus Hitlerkreaturen, Hugenbergfaschisten und Zentrumskapitalisten zusammensetzt, der soll die Diktatur der Trustherren und Junker zerbrechen, der soll die Zerschmetterung der Tarifverträge, die Mammutgeschenke an die Bourgeoisie verhindern, der soll die Sozialisierung der Großindustrie, die Enteignung der Agrarkapitalisten durchführen.

In Verfolg der verheerenden Krise verschärft sich im Lager der Bourgeoisie der Streit um die Machtverteilung unter den verschiedenen bürgerlichen Gruppen und Parteien. Von Wels bis Hitler sind alle staatserhaltenden Parteien einig in der Verteidigung der kapitalistischen Diktatur. Aber jede einzelne kämpft gleichzeitig um die weitgehendste Berücksichtigung ihrer Futterkrippeninteressen, um eine andere Aufteilung der Staatsposten. Deshalb erklären sie sich, mit Ausnahme der Deutschnationalen, gegen das Papen-Kabinett und stellen „Mißtrauensanträge". Die SPD. bringt es fertig, diese „Einheitsfront" verschiedener kapitalistischer Interessenhaufen gegen das Präsidialkabinett v. Papen in eine Einheitsfront des Reichstags gegen die Diktatur der Trustherren umzufälschen. Die Gewerkschaftsbürokratie verlangt sogar von den Arbeitern, die demagogischen Wahlparolen der Nazis und des Zentrums für bare Münze zu nehmen. Im gestrigen Abend-„Vorwärts" erläßt der Afabund einen Aufruf an die Parteien, „ihre Mehrheit im Reichstag zu benutzen, die Regierung zur Aufhebung dieser Notverordnungen zu zwingen".

Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Anträge gegen die Papen-Notverordnungen im Reichstag angenommen werden. Der „Vorwärts" schreibt selbst, daß die voraussichtliche Antwort des Papen-Kabinetts die Auflösung des Reichstags sein wird. Er sieht ferner voraus, daß dann die vom Reichstag abgelehnten Notverordnungen einfach neu erlassen werden, aber das, so schreibt der „Vorwärts", „wäre nicht nur vom staatsrechtlichen, sondern auch vom rein menschlichen Standpunkt aus eine Ungeheuerlichkeit".

Aber wer war es denn, der zuerst diese „Ungeheuerlichkeit" begangen und trotz entgegengesetzter Reichstagsbeschlüsse Notverordnungen durchgeführt, Löhne und Unterstützungen gesenkt und Panzerkreuzer gebaut hat? Das war Herr Brüning, und die SPD. hat ihm kräftig dabei geholfen.

„Offensive gegen den Lohnraub! Die Parade ist der beste Hieb!" So trompetet die SPD. heute in ihrem Zentralorgan. Der Degen aber, den sie den Arbeitern in die Hand drücken will, um diesen Hieb zu führen, der ist aus Papier. Die sozialdemokratischen Mißtrauens- und Sozialisierungsanträge, das sollen die Waffen der Arbeiter sein. Der „Vorwärts" schreibt:

„Der Zusammentritt des Reichstags am 12. September läßt daher nur wenige Tage Frist zur Verhinderung des allgemeinen Lohnabbaus durch die Offensive der Regierung."

Also nur der Reichstag kann helfen, das ist Stampfers Weisheit letzter Schluß. Ein offenes Eingeständnis, daß die SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie selbst im Traum nicht daran denkt, die außerparlamentarische Kraft des Proletariats in die Waagschale zu werfen. Ein klares Bekenntnis zur Fortführung der Politik des 20. Juli, zur Tolerierung und offenen Unterstützung der kapitalistischen Diktatur und ihres Wirtschaftsprogramms.

Gestern fanden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium statt, wobei nach den offiziellen Mitteilungen eine „weitgehende Uebereinstimmung" zwischen Unternehmern und Regierung festgestellt wurde. Heute sind die Gewerkschaftsbürokraten vom Arbeitsminister zum Appell befohlen, um die Weisungen für die „Auflockerung" der Tarifverträge entgegenzunehmen. Sie werden es sicher nicht fehlen lassen an lendenlahmen Protesten, sie werden „schwerwiegende Bedenken" vortragen, sie werden dies und das „zu erwägen geben", aber dann werden sie hingehen, um das zu tun, was sie immer getan haben: sich mit ihrer ganzen Kraft jeder außerparlamentarischen Aktion entgegenwerfen, jeden Streik für ungesetzlich, aussichtslos und verbrecherisch erklären, freiwillige Lohnabbauvereinbarungen mit den Unternehmern hinter dem Rücken der Arbeiter abschließen und beweisen, daß sie trotz aller Fußtritte die treuesten Diener und besten Stützen der kapitalistischen Machthaber sind.

„Reichstag, greif an!" Das ist die Losung des Arbeiterverrats! Prolet, greif an! Das ist die Losung der Arbeiterklasse, der Kampfruf der roten Einheitsfront, die sich unter den Fahnen der Antifaschistischen Aktion formiert.

Angreifen die Kapitalistenfront, die sich anschickt, den größten Fischzug seit 1918 gegen euch durchzuführen.

Angreifen und verhindern, daß die SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie den Arbeitern einen neuen 20. Juli beschert.

Angreifen für das kommunistische Arbeitsbeschaffungsprogramm und seine Finanzierung durch Besteuerung der Millionäre, Enteignung der Fürsten, Abbau der Riesengehälter und Pensionen, Streichung der Ausgaben für Polizei, Militär und Kriegsrüstungen.

Angreifen für den Sozialismus, der nicht, wie die SPD. es euch vorschwindelt, das Werk des Papen-Reichstags sein kann, sondern nur das Werk der befreiten Arbeiterklasse in einer sozialistischen Arbeiter- und Bauernrepublik.

Das ist die Papen-Notverordnung

Das Beispiel eines Betriebes: 33 750 Mark Lohnverlust und 31 250 Mark gesteigerter Profit

Die „Frankfurter Zeitung", das Blatt des deutschen Chemietrustes, hat genau wie alle anderen kapitalistischen Zeitungen die Papen-Notverordnung begeistert begrüßt. Um so wichtiger ist es, wenn dieses halbe Regierungsorgan eingestehen muß, daß bei der Neueinstellung von Arbeitern die Gesamtlohnsumme eines Betriebes nicht steigt, sondern fällt. Das Blatt führt dafür das folgende Beispiel eines Betriebes an, in dem auf 100 Arbeiter 25 Arbeiter neu eingestellt werden und die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden verkürzt wird. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Arbeiterzahl	Geleistete Arbeitsstunden	durchschnittl. Stundenlohn	Gesamtlohnsumme
Vorher:	**100**	**4800**	**1,— M.**	**4800,— M.**
Nachher:	**125**	**5000**	**87,5 Pf.**	**4375,— M.**

Berücksichtigt man noch die in Fortfall kommenden Unterstützungssätze für die neu eingestellten Arbeiter, so vermindert sich die Kaufkraft der Arbeiter dieses Betriebes noch stärker, nämlich von 5050 Mark auf 4375 Mark pro Woche. Das ist (bei 50 Arbeitswochen im Jahr) eine Herabsetzung der Kaufkraft dieser Arbeiter um 33750 Mark.

Umgekehrt ist es beim Unternehmer. Er spart nicht nur die 425 Mark am Wochenlohn der Arbeiter, sondern er bekommt ja noch eine Prämie von 400 Mark für jeden eingestellten Arbeiter, das sind 10 000 Mark im Jahr bzw. 200 Mark in der Woche. Im Jahr „spart" der Kapitalist auf diese Weise 31250 Mark, fast genau so viel, als die Arbeiter durch die Papen-Notverordnung verlieren.

Das Beispiel der „Frankfurter Zeitung" reißt den letzten Schleier von dem „sozialen" Inhalt der Papen-Notverordnung weg. Den Arbeitern werden Milliardensummen genommen, die restlos in die Tasche der Unternehmer fließen. Wollt ihr das, Arbeiter? Niemals!

Kämpft mit uns für unsere Forderungen: Fort mit allen Notverordnungen! Fort mit der Papen-Schleicher-Diktatur! Schluß mit den ADGB.-Führern, die an der Durchführung dieser Notverordnung mitarbeiten wollen! Schluß mit den Nazis, die Papen nach ihrem eigenen Eingeständnis an die Regierung verholfen haben! Alle, alle her zur Antifaschistischen Aktion!

Betriebe in Erregung

Protestwelle gegen Papenprogramm

Der Erlaß der neuen Papen-Notverordnung hat die Erregung der Betriebsarbeiter in allen Berliner Betrieben ungeheuer gesteigert. Der Kampfwille der Belegschaft kommt in zahlreichen Entschließungen zum Ausdruck. Mehrere Betriebe führten gestern während der Mittagspause Belegschaftsversammlungen durch, in denen der Kampf gegen die Papen-Notverordnung beschlossen wurde.

Die Belegschaft der Firma Luchterhammer & Freitag trat gestern in der Mittagspause zu einer Betriebsversammlung zusammen und faßte eine Protestentschließung gegen die Papen-Notverordnung, in der es heißt, daß sie nicht gewillt ist, den geplanten Lohnabbau widerstandslos hinzunehmen.

Ebenso nahm die Belegschaft der Setzmaschinenfabrik Typograph in der Mittagspause Stellung gegen die Notverordnung Papens. In der einstimmig angenommenen Resolution fordert die Belegschaft alle Arbeiter zum einheitlichen Kampf auf.

Die Belegschaften der Firma Daimler-Benz, Marienfelde, protestiert in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die Papen-Verordnung. Wörtlich heißt es: „Wenn man uns die jetzigen Hungerlöhne noch mehr kürzen will, werden wir darauf zu antworten wissen". Die Versammlung fand in der Mittagspause statt.

In drei Abteilungen des Schlacht- und Viehhofes, Abteilung Handwerker, Abteilung Schweineschlachthof, Haus B. und Abteilung Alter Rinderhof nahm die Belegschaft Resolutionen gegen die Papen-Notverordnung an. In allen drei Abteilungsversammlungen wurde eine einheitliche Belegschaftsversammlung gefordert. Die versammelten Schlacht- und Viehhofarbeiter begrüßten besonders die Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion. Die in den Versammlungen anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter stimmten ebenfalls für die vorgelegten Entschließungen.

Vor dem Betrieb Molle sammelten sich gestern früh 50 bis 60 Arbeiter, die in Sprechchören gegen die Notverordnung protestierten. Die Arbeiter des Betriebes öffneten darauf die Fenster und begrüßten die Arbeiter vor dem Betrieb mit zustimmenden Rufen.